

Guten Morgen aus dem Journalstudio. Begrüßt die Franz-Rena Freitag, der 15. September. Darum geht es gleich unter anderem. Das einen freut, das anderen leut, die erneute Leutzinserrhöhung

durch die EZP freut zwar die Börsen, andere fürchten aber negative Auswirkungen auf die Wirtschaftsentwicklung. Wir analysieren live im Studium mit der Börsen-Expertin Monika Rosen. Über den weltweit größten Börsegang heuer berichten wir auch, so wie über den heutigen insgesamt 14. Klima-Streik von Fridays for Future. Und in der EU wird gerade über eine Neuregelung für ukrainische Getreideexportigerungen die alte Regelung ist um Mitternacht ausgelaufen,

vor allem aber die Wetterprognose von und mit Nikola Biermeier.

Der Sommer lässt nicht locker. Auch die kommenden Tage sind an den Nachmittagen sehr warm und

oft sonnig. Sonne, jetzt auch schon in Wien, in Eisenstadt, St. Paulten, Linz und Salzburg bei Temperaturen zwischen 11 Grad in Salzburg und 16 in Klagenfurt.

In ganz Österreich scheint heute für einige Stunden die Sonne Nebel oder Hochnebel in den Tee-Lern, im Alpenvorland oder im Waldviertel lockern am Vormittag auf. Im Süden können sich Nebel und Wolken bis über Mittag halten. Am Nachmittag bilden sich dann ein paar Quellwolken

aber nur ganz vereinzelt über den Bergen Regenschauer. Im Donorraum ist es windig und die Temperaturen

reichen 18 bis 26 Grad. Am Wochenende noch etwas wärmer, mit meist 20 bis 28 Grad. Zudem erneut

Sonne, teilweise Nebel und höchstens einzelne Schauer.

Und sie hat es wieder getan. Die Europäische Zentralbank ECB hat gestern die Erhöhung des Leitzinses um weitere 0,25 Prozent verkündet, auf nunmehr 4,5 Prozent. Das ist der Zinssatz, zu dem sich Bankengeld bei der ECB ausborgen können. Diese nunmehr zehnte Leitzinserrhöhung in Folge freut nicht alle in der Wirtschaft, schon gar nicht Kreditnehmer mit variablen Zinsen. Die Börsen aber haben höchster Freude reagiert, wie Max Nikols berichtet.

Seit dem Juli des vergangenen Jahres hat die Europäische Zentralbank 10 Zinsschritte gesetzt.

10 Mal ging es dabei nach oben, auf nun eben 4,5 Prozent. Das Signal der EZB ist klar, Kredite sollen teurer, die Nachfrage gedämpft und die Inflation so weiter bekämpft werden.

Aus österreichischer Sicht die richtige Entscheidung, sagt Thomas Url, Ökonom am Wirtschaftsforschungsinstitut

im Zeit-im-Bild-Interview.

Vor allem aus österreichischer Perspektive muss man sagen, wir sind doch unter den drei Ländern innerhalb des Eurogebietes, die die höchste Inflationsrate aufweisen. Und daher ist aus österreichischer Sicht dieser Schritt besonders vorteilhaft.

Leicht gemacht haben sich die Währungshüter diese Entscheidung allerdings nicht. Das zeigt auch die Tatsache, dass es Gegenstimmen gegen diese zehnte Erhöhung gegeben hat.

Denn die EZB will zwar die Inflation bekämpfen, die Kredite sollen aber nicht zu teuer werden, damit die schon bereits schwächelnde Wirtschaftsleistung nicht noch weiter zurückgeht. Besorgt nach

der Zinsentscheidung zeigt sich etwa Johannes Kopf, Chef des Arbeitsmarktservice im ZIP2-Interview.

Und gerade in Österreich ist die Situation, würde ich sagen, noch mal verzweigter. Wir haben eine höhere Inflation. Wir haben gleichzeitig eine schwache Auslandsnachfrage nach unseren Produkten in der Industrie. Und das ist jetzt verbunden mit relativ einer gesunkenen Wettbewerbsfähigkeit,

weil ja auch die Löhne höher steigen bei höherer Inflation. Also insgesamt macht es mir Sorgen, auch der Bau läuft nicht gut wegen der hohen Kreditkosten und wieder auch einem hohen, ich sage jetzt Anteil an flotenden Kreditzinsen und so weiter. Alles in allem, ja, es macht mir Sorgen.

Das heißt die Reaktion der Börsen. Die europäischen Aktienmärkte haben den gestrigen Tag mit Zugewinnen abgeschlossen. Dort geht man offenbar davon aus, dass die EZB nun die Zinsen für längere Zeit auf diesem Niveau lässt. Es ist allerdings das höchste Niveau seit über 20 Jahren.

Und live bei mir im Studium begrüße ich Monica Rosenbörsen, Expertin und Vizepräsidentin in der österreichisch-amerikanischen Gesellschaft. Guten Morgen.

Guten Morgen. Danke, dass ich da sein darf.

Frau Rosen, Sie kennen sich auch aus mit den Börsen. Erklären Sie es uns bitte, wenn Sie sich die Börsen über eine Entscheidung freuen, die doch, wir haben es gehört gerade, allgemein hin auch als weiterer Dämpfer für die Konjunktur angesehen wird.

Ich würde sagen, in dem Fall kommt zum Tragen, dass die Börsen vorausschauen. Zumindest mit 50 Prozent war dieser Schritt erwartet worden. Jetzt steht schon sehr stark im Raum, dass wir da dem Ende der Fahnenstange zumindest nahe sind und dass Sicherheit wird immer positiv eingepreist von den Börsen. Also Unsicherheit mag die Börse gar nicht. Wenn Sicherheit oder ein Maß an Sicherheit geschaffen wird, ist das auf jeden Fall nicht schlecht für die Aktienkurse.

Ein bisschen ironisch zusammengefasst. Die Börsen freuen sich nicht über das, was ist, sondern womit möglicherweise nicht mehr zu rechnen ist.

Sie freuen sich, wenn ich das so aufgreifen darf, über das, was kommt.

Vor dieser gestrigen Zinsentscheidung gab es ja, soweit man das beobachten konnte, wirklich zwei Lager. Das eine Lager hat gesagt, bitte noch eine Zinserhöhung, dass die Inflation ist noch immer zu hoch. Und das zweite Lager, das gesagt hat, bitte keine mehr, weil wir merken schon, wie die Konjunktur wegbröseln ein bisschen. Deutschland, Österreich, wir Maschinenrichtung, Rezession, welchem Lager haben Sie angehört?

Weiß nicht, ob ich einem Lager angehöre, aber man hätte vielleicht jetzt auch, oder der Markt hat das ein bisschen auch erwartet, einen Kompromiss machen können, der dergestalt aussieht, dass man jetzt einmal pausiert und sich einen Schritt noch für später im Herbst aufhebt. Es ist ja ausgewiesenermaßen so, dass Zinsanhebungen mit einer Zeitverzögerung wirken. Also es gibt schon Stimmen, die sagen, wir sollten jetzt mal abwarten. Ich glaube, Lagarde hat das in einem Statement selber gesagt, bis alle diese Anhebungen jetzt mal Wirkung zeigen

und dann die Lage noch einmal neu bewerten. Aber man hat sich jetzt doch noch für diesen zusätzlichen Schritt entschieden. Die zwei Lager, die ich angesprochen habe, und das haben wir jetzt an den Wortmeldungen im Beitrag davor gehört, bedeuten ja insbesondere für Österreich ein großes Dilemma. Wir haben eine über die Maßen hohe Inflation, verglichen mit dem Euro-Raum und merken jetzt aber auch, Johannes Kopf vom AMS hat es angesprochen, dass wir Richtung Rezession

schlittern. Was bedeutet das jetzt für Österreich? Naja, wie gesagt, also ich würde schon sagen, dass gerade in Österreich diese hohe Inflation ein präsent Thema ist und dass die bekämpft werden sollte. Natürlich geht das einher mit einem Abdämpfen der Konjunktur, wenn ich es einmal so

sagen darf und Deutschland ist er ja noch stärker betroffen. Die Rede ist ja immer vom Krankenmann Europas. Das wird so sehr oft nicht ausgesprochen, aber eine Konjunktur abdämpfen, ohne sie in die Rezession zu drücken, das ist die hohe Konstantrentenbanken. Man muss es ehrlicher Weise sagen, die auch nur relativ selten gelingt. Nicht einmal in den USA ist es 100% klar, ob ihnen das

wirklich gelingen wird. Und auch jetzt ist es fraglich zumindest. Ich gehe jetzt mit der nächsten Frage gewissermaßen weit hinaus aufs glatte Eis, weil die Frage ein bisschen naiv ist. Angetrieben wurde die derzeit hohe Inflation ja nicht durch eine hohe Nachfrage, sondern vor allem durch die hohen Energiekosten, also angebotsseitig. Und man sagt ja, dass Mittel der Zinserhöhung der Notenbanken greift bei einer Nachfrageseite in die Inflation, also wenn eine Wirtschaft überhitzt. Das ist diesmal nicht der Fall und bei den Energiepreisen kann die ZB überhaupt nichts mitreden. Ist das überhaupt das richtige Instrument? Diese Frage wird immer wieder diskutiert, kein

Thema. Aber man muss natürlich schon sagen, nichts zu tun ist auch keine Option. Also sozusagen hier die Zinsen anzuheben, ist sicher das richtige Mittel der Wahl. Dem würde ich absolut zustimmen.

Aber diese Einschränkung muss man gelten lassen, dass die im gestiegenen Energiepreise Kriege in der Ukraine Lieferketten, Auswirkungen von Covid, dass auf das alles diese Geldpolitik natürlich eigentlich keinen Einfluss hat. Das ist ja auch, das Instrument passt nicht wirklich für diese Situation, aber wir haben kein anderes. Ja, das ist etwas zugespitzt formuliert, ich verstehe schon. Frau Rosen, wohin geht die Reise jetzt? Frau Lagarde hat angekündigt, naja das könnte es jetzt einmal gewesen sein mit den Zinserhöhungen. Woran werden wir erkennen, dass das der verletzte Zinsschritt war? Welche Wirkung müssten wir sehen? Und bis wann? Die zweite Frage halte ich für nahezu unbeantwortbar, muss ich darauf sagen, bis hoffentlich bald. Erste Frage, weiter sinkende Inflationsraten, besonders in der Beobachtung die Sockelinflation, also ohne Nahrungsmittel und Energie, weil da eben sozusagen der Teil dokumentiert ist, wo sich die Inflation verfestigt und der entsprechend auch schwerer zu bekämpfen ist. Also das muss weiter zurückgehen,

auch in den besonders betroffenen Ländern, damit die EZB dann jetzt auch endgültig Entwarnung geben kann. Und über den Zeitraum werden wir dann Bescheid wissen, wenn sich die Frau Lagarde dazu

das nächste Mal äußert. Vielleicht kommen Sie dann wieder zu uns in den Studien. Ich danke Ihnen heute

für Ihre Expertise, Monika Rosen war das Börsen-Expertin. Einen guten Tag noch. Dankeschön. Bei der

Finanzwirtschaft bleiben wir noch kurz mit einem Programmhinweis auf unser Wirtschaftsmagazin Saldo, in dem es heute um die Finanzkrise vor 15 Jahren geht, am Ende ausgelöst durch die Pleite der US-Großbank Lehman Brothers. Die Ursache für diese Finanzkrise aber lag viel tiefer in den Malvassationen am US-Immobilienmarkt. Der frühere Notenbank-Gouverneur Ewald Novotny sieht zwei

Hauptgründe. Zum einen eine starke Politik der Deregulierung des Bankensektors und zum zweiten eine auch sehr stark ideologisch bestimmte Politik, dass man für die armen Bevölkerungsschichten Eigenheim schaffen wollte, allerdings eben nicht durch öffentliche Hilfe, sondern durch Kredite von den Banken. Das hat dazu geführt, dass es eine Fülle von Krediten gegeben hat an Leute, die sicher einfach die Rückzahlung nicht leisten konnten. Solange der Wert der Immobilien im Rahmen eines Immobilien-Booms gestiegen ist, ist das überdeckt gewesen. In dem

Moment, wo dieser Immobilien-Boom nicht mehr vorhanden war, ist das ganze System massiv zusammengebrochen. Mehr zur großen Finanzkrise vor 15 Jahren, heute ab 49 im Ö1-Wirtschaftsmagazin

Saldo. Die Pensionen steigen dieses Jahr wie gesetzlich vorgesehen um 9,7 Prozent. Außer natürlich gewissermaßen plant die Regierung eine sogenannte Inflationsschutzklausel. Und zu verhindern, dass all jene, die regulär erst nächstes Jahr in Pension gehen, ihren Pensionsantritt auf heuer vorziehen, denn sie hätten im kommenden Jahr hohe Einkommensverluste zu befürchten. Die Arbeiterkammer fordert wie auch das Seniorenrat diese Schutzklausel bis 2025, Nikas Lercher berichtet. Die Anpassung des Pensionskontos sinkt der hohen Inflation hinterher. Zwar steigen die Beiträge für das Pensionskonto auch jährlich, jedoch ist die Basis dafür immer die Lohnsteigerung vor zwei Jahren deutlich weniger als die aktuelle Teuerung und ein Problem für jene Menschen, die nächstes Jahr in Pension gehen. Sie müssten Einbußen hinnehmen. Die Regierung will mit einer Schutzklausel gegen Steuern. Wolfgang Panhölzel von der Arbeiterkammer begrüßt das grundsätzlich. Wenn die Schutzklausel nicht kommen würde, würde das bedeuten, dass alle rund 100.000 Menschen, die nächstes Jahr in Pension gehen, ein Pensionsminus von acht Prozent hätten. Ob die Schutzklausel auch für das Jahr 2025 gilt, hat die Koalition offen gelassen. Das sei dringend notwendig, findet Panhölzel. Denn die hohen Abschlüsse würden sich erst 2026 positiv bemerkbar machen. In der Ukraine jubelt Präsident Zelenski über die erfolgreichen Angriffe auf Kriegsschiffe und ein modernes Raketenabwehrsystem auf der russisch besetzten Krim. Aber sind diese Angriffe der Ukraine mehr als die vielbeschworenen Nadelstiche? Das habe ich im Morgen schon

allum
sieben, den Militär-Experten Franz-Stefan Gardi gefragt. Ich würde sagen, in gewisser Weise ist es eine neue Qualität, was diese Angriffe betrifft. Es ist aber Teil einer Gesamtstrategie der Ukraine der Abnutzung, die sie eben schon seit mehreren Monaten während dieser

Offensive durchführt. Und ich würde auch jetzt nicht diese einzelnen Angriffe überbewerten. Letztendlich findet die meiste Abnutzung, das heißt also die disproportionalen hohen Verluste an Menschenmaterial direkt an der Frontstadt und nicht zu sehr in der Tiefe des Gefechtsraums. Ich würde also sagen, es ist wichtig natürlich, dass diese Angriffe in der Tiefe gelingen, ob sie aber dann mangelnde Durchbrüche an der Front kompensieren können. Das wage ich zu bezweifeln.

Nach den verheerenden Überschwemmungen in Libyen stehen die Rettungsteams vor gewaltigen logistischen Herausforderungen. Die Fluten haben Zufallstrasse zu besonders schwer betroffenen Hafenstadt Darnau weggeschwemmt. Nach Einschätzung des Nothilfebüros der Vereinten Nationen brauchen hunderttausende Menschen dringend Hilfe. Birgit Schwarz informiert. Auch Tage nach der Katastrophe fällt es den Rettungshelfern schwer, auch nur in die Nähe der

Opfer zu kommen. Das bestätigt Mathieu Chantrell von Ärzte ohne Grenzen. Sein Team arbeitet sich langsam in Richtung der besonders betroffenen Hafenstadt Darnau vor. Chantrell ist in Kontakt mit den Teams vom Roten Halbmond in Darnau. Es fehle an allem erste Hilfe, Unterkünfte, psychologische Betreuung. Die größte Herausforderung sei es, die unterschiedlichen Hilfsteams und Lieferungen zu koordinieren. Zuerst müsse die Bergung der Leichen abgeschlossen werden. Es gebe keine Leichensäcke mehr, sagt Chantrell. Der Bürgermeister von Darnau warnt inzwischen vor dem Ausbruch von Epidemien. Das UN-Büro für humanitäre Hilfe bittet in einem Dringlichkeitsappell, um Soforthilfen in Höhe von rund 71 Millionen Dollar. Das sei notwendig, um den dringendsten Bedarf der 250.000 im Nordosten von Libyen am stärksten betroffenen Menschen zu decken. Getreide für die Welt wäre ein Stichwort dazu. Wir kommen noch einmal

zurück zu Ukraine, aber auch zur EU, in Polen, Ungarn und anderen EU-Staaten, die da Ukraine nahe sind, gab es und gibt es, die Sorge, dass ukrainisches Getreide die heimischen Märkte flutet und so zu einem weiteren Preisverfall führt. Vor dem Sommer hatte die EU-Kommission fünf Länderner Laubzeuimporte bis 15. September zu stoppen. Diese Regelung ist um Mitternacht ausgelaufen, wie es weitergeht, weiß man noch nicht. Aus Brüssel berichtet Robert Sigmund. Heute Mitternacht läuft, so in der Zwischenzeit keine anderen Schritte gesetzt werden, eine Vereinbarung aus, die den direkten EU-Nachbarn der Ukraine, also Polen, Ungarn, der Slowakei, Bulgarien und Rumänien, vorübergehende Einverbeschränkungen für ukrainisches Getreide erlaubt, um einen Preisverfall zu vermeiden. Das hatte die EU-Kommission im Juni diesen Ländern erlaubt. Regelmäßig treffen sich seitdem die Interessensgruppen, doch noch immer ist nicht klar, wie es mit dieser Ausnahme nach dem heutigen Tag weitergeht. Wer der Sprecherin der Europäischen

Kommission in Brüssel bereits gestern Abend bestätigte? Bislang gibt es keine Entscheidung.

Die Maßnahmen laufen heute Mitternacht aus, ein bisschen Zeit ist also noch. Wir brauchen nun eine Lösung, die allen weiter hilft. Daran arbeiten wir bis zur letzten Minute.

Neben Polen hat Ungarn bereits angekündigt, weiterhin an diesen Einverbeschränkungen festzuhalten. Bulgarien widderum spricht sich dagegen aus, auch weil dort große Agrarproduzenten etwa für Sonnenblumenöl auf günstigere Ware hoffen. Landwirtschaftsminister Totschnick spricht sich in dem auch gegen Importstops für einzelne Länder aus, vielmehr brauche es Wege, ukrainisches Getreide in die Entwicklungsländer zu bekommen.

So schnell vergeht die Zeit auch schon wieder fünf Jahre alt ist die Klimaschutzbewegung Fridays for Future und sie rief heute zum mittlerweile 14. Klimastreik in Österreich auf in insgesamt elf Städten von Wien bis Prägens, mehr von Berthet Thomasowitsch.

Die Politik müsse die Menschen schützen, davor, dass Überschwemmungen wie heuer immer öfter passieren, sagt Johanna Friewald, Sprecherin von Fridays for Future.

Wir fordern ganz konkret einen Klimakatastrophengipfel, wo die Bundesregierung zusammenkommt mit den Landeshauptleuten und den Bündnern sofort Maßnahmen beschließt.

Auf ein Klimaschutzgesetz kann sich die Regierung mittlerweile seit fast 1.000 Tagen nicht einigen. Dabei müssten die Maßnahmen rasch gesetzt werden, meint die Aktivistin.

Problematisch sieht sie, dass manche Politikerin oder auch mancher Politiker unter anderem von Klimaterroristen spricht und damit die gesamte Klimaschutzbewegung kriminalisiere.

Ich glaube, die Politik muss sich hier wirklich auch in die Verantwortung nehmen, hier nicht ein gesellschaftliches Klima zu erzeugen, wo junge Leute Angst davor haben, sich

demokratiepolitisch
zu engagieren.

Sprich, auf die Straße gehen für das Klima.

Bei den Börsen waren wir schon einmal, schauen wir noch hin. Im Praktisch jedem Handy steckt ein Computership der politischen Firma ARM und die hat gestern ein ziemlich erfolgreiches Comeback an der Wall Street gefeiert. Es war der weltweit bisher größte Börsengang heuer. Max Nikols berichtet.

Von 51 US Dollar pro Aktie auf fast 64 Dollar am Ende des ersten Handelstages, dem Chip Designer ARM, ist ein Börsengang wie aus dem Lehrbuch geglückt. Was vielleicht auch daran liegen mag, dass das Unternehmen schon einmal an der Börse gelistet war, bevor es der Technologie-Investor

Softbank 2016 für 32 Milliarden Dollar gekauft hat. Es könnte aber auch so hoffen, zumindest einige Marktbeobachter und Anleger ein Zeichen dafür sein, dass sich die Stimmung innerhalb der US-Wirtschaft nach einigen Krisenjahren verbessert hat. Andere wiederum sehen genau diese Erwartungshaltung kritisch. ARM sei ein eigener Fall und stehe nicht stellvertretend für die gesamte Wirtschaft. Ob der Erfolg von ARM auch für andere Branchen- und Geschäftsmodelle

gilt, wird man im Oktober sehen. Dann will der Schuhhersteller Birkenstock an die Börse gehen.

Weiter aktuelle Meldungen jetzt noch. Auto 3, nachher bitte.

Im Erdbebengebiet von Marokko arbeiten sich Rettungskräfte weiter in entlegene Bergdörfer vor. Hunderttausende Menschen warten auf Unterstützung. Trotz der verheerenden Auswirkungen des

Bebens nimmt Marokko nur wenig internationale Hilfsangebote an. Marokkanische Auflagen erschweren

zudem Hilfsflüge. UNICEF schätzt, dass allein etwa 100.000 Kinder von der Katastrophe betroffen sind.

Der Sohn von US-Präsident Biden ist wegen Verstoßes gegen das Waffenrecht angeklagt worden. Hunter Biden wird vorgeworfen, bei einem Waffenkauf im Jahr 2018 seine Drogenabhängigkeit

verschwiegen zu haben. Eine geplante Vereinbarung mit der Staatsanwaltschaft im US-Bundestadt Delaware war zuvor geplatzt.

Drei junge Männer sind am Abend in Lyoben wegen versuchten Mordes, Raubes, schwerer Körperverletzung und gefährlicher Drogen verurteilt worden. Sie sollen im Sommer 2022 in Kapfenberg eine optachlose Frau mehrmals brutal attackiert und ihre Taten auch gefilmt haben. Sie wurden zu unbedingten Haftstrafen von 14, 16 und 17 Jahren verurteilt und werden in ein forensisch-therapeutisches Zentrum eingewiesen. Das Urteil ist nicht rechtskräftig.

Das Wetter? Einiges an Sonne, Anfangs-Aberstellenweise Nebel oder Hochnebel, am Nachmittag ein Backwell-Wolken. Höchstwerte 18 bis 26 Grad.

Das war's für heute mit den Morgenjournal für das Journalteam mit Christine Tönige-Frenkenberger und Dieter Nürig verabschiedet sich Franz Renner. Genießen Sie den Tag. Jetzt gleich auf E1 hilft Ihnen das Pasticcio dabei.